

# Die Stellungnahme der deutschen Strafrechtslehrerinnen und Strafrechtslehrer zur Neuregelung der Sterbehilfe

In: vorgänge 210/211 (2-3/2015), S. 99 -104

*Eric Hilgendorf und sein Kollege Henning Rosenau haben im Frühjahr 2015 eine Resolution gegen die geplante gesetzliche Einschränkung der Sterbehilfe verfasst, die von mittlerweile über 140 Strafrechtslehrer\_innen unterschrieben wurde. Die Resolution warnt eindringlich vor den Folgen einer Kriminalisierung der (ärztlichen) Suizidbeihilfe – diese sei nicht nur verfassungsrechtlich fragwürdig, sondern würde auch praktisch das Vertrauensverhältnis zwischen Ärzten und Patienten beschädigen.*

Nachdem der Bundesgesundheitsminister zu Beginn der laufenden Legislaturperiode erklärt hatte, jede Form organisierter Sterbehilfe strafrechtlich verbieten lassen zu wollen, entwickelte sich eine lebhafte und teilweise sehr emotional geführte Diskussion um das Für und Wider dieses Vorhabens. Die angestrebte Neuregelung ärztlicher Hilfeleistung beim Suizid ist eine Gratwanderung zwischen dem Verbot der Angebote sog. Sterbehilfe-Vereinigungen einerseits, und der Zulassung und Förderung der Möglichkeiten der Palliativstationen und Hospize andererseits. Auch Palliativmediziner helfen Sterbenden organisiert (und nicht unorganisiert), geschäftsmäßig (und nicht bloß in Einzelfällen) sowie gewerbsmäßig (und nicht unentgeltlich). Ein zu breit formuliertes strafrechtliches Verbot organisierter, geschäfts- und/oder gewerbsmäßiger Sterbehilfe könnte deshalb sehr leicht auch ihre Tätigkeit umfassen.

Es bedarf daher großer gesetzgeberischer Sorgfalt und einer Reflexion auf sämtliche potentiellen Folgen einer Regelung. Für Mediziner, seien sie nun in Einzelpraxen, Krankenhäusern, Palliativstationen oder Hospizen tätig, kann schon der Verdacht einer strafrechtlich verbotenen Tätigkeit die Berufsausübung erheblich stören; ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren würde in vielen Fällen das berufliche Ende bedeuten. Das Arzt-Patienten-Verhältnis zeichnet sich durch seinen besonders intimen, auf Vertrauen basierenden Charakter aus und ist deshalb nur sehr eingeschränkt rechtlich regulierbar. Schon hier wird deutlich, warum gerade das Strafrecht kaum als geeignetes Mittel für eine Regelung der ärztlichen Rolle im Sterbeprozess anzusehen ist.

Vor diesem Hintergrund hat der Verfasser dieser Zeilen zusammen mit seinem Augsburger Kollegen Henning Rosenau im Frühjahr 2015 die nachfolgend abgedruckte Resolution verfasst, der sich mittlerweile (Stand 28.6.2015) 147 deutschsprachige Strafrechtslehrerinnen und Strafrechtslehrer angeschlossen haben.

Ihre wesentlichen Inhalte sind

- eine Klarstellung des Begriffs „Sterbehilfe“
- ein Hinweis auf die besondere Sensibilität des Arzt-Patientenverhältnisses
- die Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Patienten
- die Empfehlung einer einheitlichen Regelung im ärztlichen Berufsrecht und
- eine Warnung vor unüberlegten Neukriminalisierungen.

Die Resolution hat eine breite Resonanz erfahren und wurde auch von den politisch Verantwortlichen zur Kenntnis genommen. Im Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Carola Reimann, Peter Hintze, Prof. Dr. Karl Lauterbach u.a. ist sie explizit aufgegriffen worden.

ERIC HILGENDORF hat den Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtslehre, Informationsrecht und Rechtsinformatik an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg inne. Hilgendorf ist u.a. Mitglied der

deutschen Strafrechtslehrervereinigung, der Gesellschaft für Analytische Philosophie, des wissenschaftlichen Beirats der Humanistischen Akademie Deutschland, der Giordano Bruno Stiftung und der Humanistischen Union sowie Korrespondent der Hans-Kelsen-Gesellschaft (Wien). Mehrfach hat er den deutschen Bundestag und die Bundesregierung in Fragen des Medizinstrafrechts und der Internetkriminalität beraten. Er ist Sprecher des Würzburger Zentrums für rechtswissenschaftliche Grundlagenforschung.

## Dokumentation

Stellungnahme deutscher Strafrechtslehrerinnen und Strafrechtslehrer zur geplanten Ausweitung der Strafbarkeit der Sterbehilfe

I. Sterbehilfe ist ein moralisch wie rechtlich höchst sensibles Thema. Wir verstehen darunter jede Hilfe, die einer zumeist schwer erkrankten oder sterbenden Person im Hinblick auf ihren geäußerten oder mutmaßlichen Willen geleistet wird, um ihr einen ihren Vorstellungen entsprechenden menschenwürdigen Tod zu ermöglichen.

II. Mit Sorge beobachten wir politische Bestrebungen, im Zusammenhang mit der Sterbehilfe den Anwendungsbereich des Strafrechts auszuweiten. Mit der Strafbarkeit des assistierten Suizids würde die in den letzten Jahren durch den Bundesgesetzgeber und die Gerichte erreichte weitgehende Entkriminalisierung des sensiblen Themas Sterbehilfe konterkariert. Die Vorschläge, welche in diese Richtung zielen, setzen vor allem bei der Tätigkeit einzelner Personen oder einiger weniger sog. „Sterbehilfe-Vereinigungen“ an, deren Treiben als unseriös und gefährlich eingestuft wird. Das geltende Polizei- und Strafrecht stellen jedoch hinlänglich Mittel zur Verfügung, um gegen Aktivitäten vorzugehen, bei denen die Freiverantwortlichkeit des Suizids nicht hinreichend geprüft wird. Dagegen wäre es verfehlt, durch eine nicht hinlänglich reflektierte Ausweitung des Strafrechts auch solche Tätigkeitsfelder in einen Graubereich möglicher Strafbarkeit zu ziehen, die – wie das Arzt-Patienten-Verhältnis – auf Vertrauen gründen und ihrer Natur nach auf strafrechtliche Regulierungen sehr sensibel reagieren.

III. Folgende Punkte verdienen besondere Beachtung:

- a) Im Zusammenhang mit der Diskussion um die sog. passive und die indirekte Sterbehilfe ist schon lange anerkannt, dass ein vom Patienten artikulierter Sterbehilfewunsch zu beachten ist und entsprechend Sterbehilfe auch dann rechtlich zulässig ist, wenn sie im Ergebnis zu einer Verkürzung von Lebenszeit führt.
- b) In Hospizen und Palliativstationen wird tagtäglich organisiert Sterbehilfe geleistet. In vielen Fällen kommt es dabei zu einer Verkürzung der verbleibenden Lebenszeit. Trotzdem ist die Tätigkeit dieser Einrichtungen uneingeschränkt positiv zu bewerten. Statt sie unnötig mit Strafbarkeitsrisiken zu hemmen, sollte ihre Arbeit durch großzügige finanzielle Hilfen unterstützt werden.
- c) Aus der Straflosigkeit des Suizids ergibt sich nach bewährten strafrechtsdogmatischen Regeln, dass auch die Beihilfe zum Suizid nicht strafbar ist. Dies zu ändern würde zu einem Systembruch führen, dessen Auswirkungen nicht absehbar sind.
- d) Das Recht auf Selbstbestimmung jedes Menschen, verfassungsrechtlich durch Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG garantiert, umfasst auch das eigene Sterben. Mit dem Patientenverfügungsgesetz aus dem Jahre 2009 hat der Gesetzgeber dies ausdrücklich anerkannt. Eine Strafbarkeit der Suizidbeihilfe greift in das Selbstbestimmungsrecht unverhältnismäßig ein. Der Grundsatz, dass Strafrecht ultima ratio sein muss, wird nicht beachtet.
- e) Das Arzt-Patienten-Verhältnis ist seiner Natur nach nur eingeschränkt rechtlich regulierbar. Das gilt auch und gerade für das Strafrecht. Die Einführung einer Strafbarkeit von Ärzten wegen Beihilfe zum Suizid ist deshalb entschieden abzulehnen. Deren Grundrecht der Gewissensfreiheit, Art. 4 Abs. 1 GG, umfasst auch das Verhältnis zwischen dem Arzt und dessen Patienten, so dass eine strafrechtliche Neuregelung schon aus verfassungsrechtlichen Gründen abzulehnen ist.
- f) Das ärztliche Berufsrecht sollte nicht ärztliche Maßnahmen zu unterbinden suchen, die nach Maßgabe der Medizin- und Sozialethik sowie des Strafrechts zulässig und oft sogar positiv zu bewerten sind. Wir plädieren deshalb dafür, das Berufsrecht so zu vereinheitlichen, dass die Hilfe beim Suizid als ärztliche Gewissensentscheidung zulässig bleibt.

g) Menschen mit einem Sterbewunsch benötigen in besonderer Weise Fürsorge und Begleitung. Die Strafbarkeit der Beihilfe zum Suizid würde dagegen dazu führen, dass professionelle Hilfe, die gerade Ärzte und Ärztinnen leisten könnten, erschwert oder unmöglich wird, weil sich Beistehende aus Furcht vor einer Strafbarkeit von den Sterbewilligen abwenden. Diese werden in den Brutal-Suizid gedrängt. Ziel muss es dagegen sein, möglichst viele Menschen mit Sterbewunsch zu erreichen, um so die Zahl der Suizide in Deutschland zu senken. Das Strafrecht ist dafür ein gänzlich ungeeignetes Mittel.

15. April 2015

Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Universität Würzburg und Prof. Dr. Henning Rosenau, Universität Augsburg

Diese Stellungnahme wird unterstützt von:

1. Prof. Dr. Hans Achenbach, Universität Osnabrück
2. Prof. Dr. Jörg Arnold, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg im Breisgau
3. Prof. Dr. Susanne Beck, Universität Hannover
4. Prof. Dr. Werner Beulke, Universität Passau
5. Prof. Dr. Dennis Bock, Christians-Albrechts-Universität Kiel
6. Prof. Dr. Lorenz Böllinger, Universität Bremen
7. Prof. Dr. Martin Böse, Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn
8. Prof. Dr. Jens Bülte, Universität Mannheim
9. Prof. Dr. Wilhelm Degener, Universität Hamburg
10. Prof. Dr. Mark Deiters, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
11. Prof. Dr. Friedrich Dencker, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
12. Prof. Dr. Alfred Dierlamm, Universität Trier
13. Prof. Dr. Kirstin Drenkhahn, Freie Universität Berlin
14. Prof. Dr. Frieder Dünkel, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
15. Prof. Dr. Udo Ebert, Friedrich-Schiller Universität Jena
16. Prof. Dr. Ulrich Eisenberg, Freie Universität Berlin
17. Prof. Dr. Volker Erb, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
18. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Albin Eser, M.C.J., Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg im Breisgau
19. Prof. Dr. Dr. h.c. Dirk Fabricius, Goethe-Universität Frankfurt am Main
20. PD Dr. Bijan Fateh-Moghadam, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
21. Prof. Dr. Dr. h.c. Martin Fincke, Universität Passau
22. Prof. Dr. Thomas Fischer, Bundesgerichtshof, Julius-Maximilians-Universität Würzburg
23. Prof. Dr. Georg Freund, Philipps-Universität Marburg
24. Prof. Dr. Wolfgang Frisch, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
25. Prof. Dr. Helmut Frister, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
26. Prof. Dr. Karsten Gaede, Bucerius Law School Hamburg
27. Prof. Dr. Klaus Geppert, Freie Universität Berlin
28. Prof. Dr. Heinz Giehring, Universität Hamburg
29. Prof. Dr. Sabine Gless, Universität Basel
30. Prof. Dr. Ingke Goeckenjan, Ruhr-Universität Bochum
31. Prof. Dr. Anette Grünewald, Humboldt-Universität zu Berlin
32. Prof. Dr. Fritjof Haft, Eberhard Karls Universität Tübingen
33. Prof. Dr. Monika Harms, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
34. Prof. Dr. Bernhard Hardtung, Universität Rostock
35. Prof. Dr. Pierre Hauck, Universität Trier
36. Prof. Dr. Bernd Hecker, Universität Trier
37. Prof. Dr. Martin Heger, Humboldt-Universität zu Berlin
38. Prof. Dr. Michael Heghmanns, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
39. Prof. Dr. Bernd Heinrich, Humboldt-Universität zu Berlin
40. Prof. Dr. Uwe Hellmann, Universität Potsdam
41. Prof. Dr. Joachim Herrmann, Universität Augsburg
42. Prof. Dr. Felix Herzog, Universität Bremen
43. Prof. Dr. Michael Hettinger, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
44. Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Julius-Maximilians-Universität Würzburg
45. Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Hillenkamp, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
46. Prof. Dr. Katrin Höffler, Georg-August-Universität Göttingen
47. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Günther Jakobs, Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn
48. Prof. Dr. Jan C. Joerden, Europa-Universität Viadrina Frankfurt an der Oder
49. Prof. Dr. Johannes Kaspar, Universität Augsburg
50. Prof. Dr. Erhard Kausch, Fachhochschule Münster
51. Prof. Dr. Gabriele Kett-Straub, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
52. Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Eberhard Karls Universität Tübingen
53. Prof. Dr. Urs Kindhäuser, Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn
54. Prof. Dr. Christoph Knauer, Ludwig-Maximilians-Universität München
55. Prof. Dr. Ralf Kölbel, Ludwig-Maximilians-Universität München
56. PD Dr. Erik Kraatz, Freie Universität Berlin
57. Prof. Dr. Ralf Krack, Universität Osnabrück
58. Prof. Dr. Arthur Kreuzer, Justus-Liebig-Universität Gießen
59. Prof. Dr. Matthias Krüger, Ludwig-Maximilians-Universität München
60. Prof. Dr. Michael Kubiciel, Universität zu Köln
61. Prof. Dr. Hans Kudlich, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
62. Prof. Dr. Hermann Christoph Kühn, Universität Augsburg
63. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Heiner Kühne, Universität Trier
64. Prof. Dr. Otto Lagodny, Universität Salzburg
65. Prof. Dr. Werner Leitner, Universität Augsburg
66. Prof. Dr. Heiko Lesch, Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn
67. Prof. Dr. Hans Lilie, Martin-Luther-Universität Halle-

Wittenberg 68. Prof. Dr. Michael Lindemann, Universität Bielefeld 69. Prof. Dr. Klaus Lüderssen, Goethe-Universität Frankfurt am Main 70. PD Dr. Christoph Mandla, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 71. Prof. Dr. Helmut Marquardt, Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn 72. Prof. Dr. Volkmar Mehle, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 73. Prof. Dr. Grischa Merkel, Universität Basel 74. Prof. Dr. Reinhard Merkel, Universität Hamburg 75. Prof. Dr. Frank Meyer, LL.M., Universität Zürich 76. Prof. Dr. Lutz Meyer-Goßner, Philipps-Universität Marburg 77. Prof. Dr. Wolfgang Mitsch, Universität Potsdam 78. Prof. Dr. Carsten Momsen, Universität Hannover 79. Prof. Dr. Egon Müller, Universität des Saarlandes, Saarbrücken 80. Prof. Dr. Henning Ernst Mueller, Universität Regensburg 81. Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz Müller-Dietz, Universität des Saarlandes, Saarbrücken 82. Prof. Dr. Bernd Müssig, Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn 83. Prof. Dr. Wolfgang Naucke, Goethe-Universität Frankfurt am Main 84. Prof. Dr. Cornelius Nestler, Universität zu Köln 85. Prof. Dr. Ralf Neuhaus, Universität Bielefeld 86. Prof. Dr. Dres. h.c. Ulfrid Neumann, Goethe-Universität Frankfurt am Main 87. Prof. Dr. Dr. h.c. Harro Otto, Universität Bayreuth 88. Prof. Dr. Hans-Ullrich Paeffgen, Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn 89. Prof. Dr. Walter Perron, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 90. PD Dr. Helmut Pollähne, Universität Bremen 91. Prof. Dr. Andreas Popp, Universität Konstanz 92. Prof. Dr. Cornelius Prittwitz, Goethe-Universität Frankfurt am Main 93. Prof. Dr. Ingeborg Puppe, Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn 94. PD Dr. Jens Puschke, LL.M., Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 95. Prof. Dr. Holm Putzke, LL.M., Universität Passau 96. Prof. Dr. Rudolf Rengier, Universität Konstanz 97. Prof. Dr. Joachim Renzikowski, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 98. Prof. Dr. Klaus Rolinski, Universität Regensburg 99. Prof. Dr. Henning Rosenau, Universität Augsburg 100. Prof. Dr. Thomas Rotsch, Justus-Liebig-Universität Gießen 101. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Claus Roxin, Ludwig-Maximilians-Universität München 102. Prof. Dr. Dorothea Rzepka, Goethe-Universität Frankfurt am Main 103. Prof. Dr. Helmut Satzger, Ludwig-Maximilians-Universität München 104. Prof. Dr. Hero Schall, Universität Osnabrück 105. Prof. Dr. Uwe Scheffler, Europa-Universität Viadrina Frankfurt an der Oder 106. Prof. Dr. Anja Schiemann, Deutsche Hochschule der Polizei Münster 107. Prof. Dr. Horst Schlehofer, Universität Düsseldorf 108. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ludwig Schreiber, Universität Göttingen 109. Prof. Dr. Roland Schmitz, Universität Osnabrück 110. Prof. Dr. Heinz Schöch, Ludwig-Maximilians-Universität München 111. Prof. Dr. h.c. Wolfgang Schomburg, Durham University 112. Prof. Dr. Edward Schramm, Friedrich-Schiller Universität Jena 113. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Friedrich-Christian Schroeder, Universität Regensburg 114. Prof. Dr. Ulrich Schroth, Ludwig-Maximilians-Universität München 115. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Bernd Schünemann, Ludwig-Maximilians-Universität München 116. Prof. Dr. Lorenz Schulz, Goethe-Universität Frankfurt am Main 117. PD Dr. Antje Schumann, Universität Regensburg 118. Prof. Dr. Frank Schuster, Julius-Maximilians-Universität Würzburg 119. Prof. Dr. Gerhard Seher, Freie Universität Berlin 120. Prof. Dr. Arndt Sinn, Universität Osnabrück 121. Prof. Dr. Georg Steinberg, EBS Universität für Wirtschaft und Recht, Wiesbaden 122. Prof. Dr. Detlev Sternberg-Lieben, Technische Universität Dresden 123. Prof. Dr. Christoph Sowada, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 124. Prof. Dr. Sabine Swoboda, Ruhr-Universität Bochum 125. Prof. Dr. Hans Theile, Universität Konstanz 126. Prof. Dr. Brian Valerius, Universität Bayreuth 127. Prof. Dr. Torsten Verrel, Rheinische Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn 128. PD Dr. Moritz Vormbaum, Humboldt-Universität zu Berlin 129. Prof. Dr. Heinz Wagner, Christians-Albrechts-Universität Kiel 130. Prof. Dr. Tonio Walter, Universität Regensburg 131. Prof. Dr. Martin Waßmer, Universität zu Köln 132. Prof. Dr. Carsten Wegner, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 133. Prof. Dr. Bettine Weißer, Westfälische Wilhelms-Universität Münster 134. Prof. Dr. Peter Wetzels, Universität Hamburg 135. Prof. Dr. Petra Wittig, Ludwig-Maximilians-Universität München 136. Prof. Dr. Gabriele Wolfslast, LL.M. (LSE), Justus-Liebig-Universität Gießen 137. Prof. Dr. Jürgen Wolter, Universität Mannheim 138. Prof. Dr. Gereon Wolters, Ruhr-Universität Bochum 139. PD Dr. Benno Zabel, Universität Leipzig 140. Prof. Dr. Ulrich Ziegert, Ludwig-Maximilians-Universität München 141. Prof. Dr. Jan Zopfs, Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

---

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/210-211/publikation/die-stellungnahme-der-deutschen-strafrechtslehrerinnen-und-strafrechtslehrer-zur-neuregelung-der-ste/>

Abgerufen am: 11.08.2024